

# Platzj<sup>ä</sup>abbeck

Nr. 3, Mai 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Schwarz-grüne Softi-Privatisierer am Werk

Nachdem im Kölner Rat die Privatisierung von GAG/Grubo scheiterte, war das Thema keineswegs vom Tisch. CDU und Grüne wollen jetzt 25 Mio. Euro aus dem Unternehmen herauspressen. Hatten CDU und FDP eine Privatisierung immer damit begründet, dass das Unternehmen so marode sei, dass nur ein Verkauf Sinn mache, wird diese hohle Propaganda jetzt ins Gegenteil verkehrt. Dass sich die Grünen auf so einen weitgehenden Schritt eingelassen haben, ist dann doch verwunderlich. Das geht so weit, dass bereits bei laufenden Renovierungen von GAG-Wohnungen stark gespart werden soll, z.B. im Sanitärbereich, und damit Vereinbarungen mit den GAG-Mieterräten gebrochen werden sollen.

Schwarz-grün werden nur wenige Wohnungen an Mieter verkaufen. Insgesamt sollen 5000 Wohnungen an Kölner Wohnungsbaugenossenschaften verkauft werden. Auch wenn diese Privatisierung sozial abgeduldet ist, fehlen der Stadt für

eine solide und kraftvolle Wohnungspolitik weitere 12% vom bisherigen Wohnungsbestand. Köln braucht einen eigenen Wohnungsbestand, nicht nur für Sozialhilfeempfänger, Obdachlose und Flüchtlinge, sondern auch um einer allgemeinen Steigerung des Mietspiegels und damit der Mieten entgegenzuwirken. Langfristig nachteilig kann auch ein Leasing-Geschäft werden, das der GAG-Vorstand plant. Wohnungen sollen verkauft und dann zurückgeleast werden. Damit will man Gewinne, die erst in späteren Jahren entstehen würden, bereits jetzt einlösen. Ein gefährliches Spiel, das die PDS Offene Liste im Rat kritisieren wird.

### Kölner Außenwerbung

Die Kölner Außenwerbung (KAW) hatte allein im Jahre 2000 einen Gewinn von 989 000 Euro gemacht und soll jetzt von Schwarz-Grün verkauft werden. Im Rat stimmte nur die PDS-Offene Liste dagegen. Ein lukratives Unternehmen, das Bestand hat und jedes Jahr zur Deckung des Haushaltes beiträgt. Deshalb sprach sich sogar der Vorstand der Stadt-Werke gegen eine Privatisierung aus. Man höre und staune! An der Kölner Außenwerbung ist auch die Firma Ströer beteiligt, die der CDU im Jahre 1999 38000 DM spendete.

Ein Verkauf der Anteile der Stadt Köln ist nur möglich, wenn Ströer auch zustimmt. D.h. faktisch kann er eine Beteiligung eines weiteren Unternehmens verhindern und eine Art Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen.

### Radio Köln

Ähnliches gilt bei Radio Köln. Und da hört man, dass der beteiligte NevenDuMont nicht verkaufen will. Auch Radio Köln macht beständig Gewinne und ist eine sichere Einnahmequelle. Eine Anfrage der PDS Offene Liste ergab, dass das Unternehmen jedes Jahr mehr als 100 000 Euro Gewinn macht.

### Fazit

Auch wenn KAW und Radio Köln keine Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind, sind die Gewinne so groß, dass es keinen Sinn macht, die Betriebe einfach zu verkaufen. Sondern es wäre zweckmäßig, den Gewinn via Stadtwerke dem Haushalt zugute kommen zu lassen.

Lukrative kommunale Unternehmen werden verkauft und wichtige Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie GAG/Grubo langsam zu Grunde gerichtet. Das ist der neue Softi-Kurs von Schwarz-Grün. *Jörg Detjen*

### Platzj<sup>ä</sup>abbeck jetzt im Gratisabo

*Im nächsten Jahr stehen die Kommunalwahlen an. Die PDS Offene Liste will wieder kandidieren und möchte diese Kandidatur mit den zahlreichen linken Kräften in Köln wieder vorbereiten und eine gemeinsame offene linke Kandidatur anstreben.*

**Eine erste Diskussionsveranstaltung findet am 11. Juni, 19.30 Uhr im Bezirksrathaus Ehrenfeld statt.**

*Die Zeitung Platzj<sup>ä</sup>abbeck bringen wir jetzt seit vier Jahren heraus. Das Interesse an der Zeitung wächst. Deshalb wollen wir die Zeitung bis zu den Kommunalwahlen monatlich allen Interessierten kostenlos zuschicken. Auf der Seite 4 dieser Zeitung befindet sich ein Antwortcoupon. Machen Sie mit: ausfüllen, ausschneiden und mit einer Briefmarke abschicken, dann erhalten sie in den nächsten 15 Monaten Platzj<sup>ä</sup>abbeck kostenlos zugesandt. Das ist doch ein Schnäppchen oder?*

*Die Redaktion*

[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

**Der Ostermarsch 2003 an Rhein und Ruhr stand im Zeichen des Irak-Krieges und seiner Folgen.**



ARBEITER  
FOTOGRAFIE  
Info: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

# Öffentliche Not zur Tugend schön geredet

## Schwarz-Grün spart das soziale Köln kaputt

Der schonungslosen Diagnose grüner Sozialpolitiker in der Fraktionszeitung ‚Rathaus ratlos‘ können wir durchaus zustimmen: „In Folge dieser Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit steigt die Anzahl der Sozialhilfeempfänger in unserer Stadt: Über 70.000 Kölnerinnen und Kölner sind auf Sozialhilfe angewiesen. Als Konsequenz bilden sich Armutswohngebiete, „Inseln der Armut“ in Köln heraus; Stadtviertel, in denen eine unzureichende Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitsnachteile, Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit einhergehen mit Perspektivlosigkeit und verweigerter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bundesdeutsche Sozialpolitik hat den grundgesetzlichen Auftrag, diese strukturelle Benachteiligung zu beheben, eine Angleichung der Ausgangsbedingungen und Lebenschancen herzustellen“.

Unter den Bedingungen der kommunalen Finanznot haben sie auch Recht, wenn sie sagen, dass „steigenden Anforderungen geringere Finanzmittel gegenüberstehen“. Bei den Konsequenzen aber scheiden sich die Geister:

CDU und Grüne planen jährliche Kürzungen der Zuschüsse für die Bürgerzentren in freier Trägerschaft von 30 %. So zerschlagen sie die für ehrenamtliches Engagement notwendigen professionellen Strukturen, weil die Trägervereine der sieben betroffenen Zentren Personal abbauen müssen. Der Abbau von Angeboten in der sozialen Beratung, bei Sprachkursen für Einwanderer und Spätaussiedler, Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen, die Kürzungen bei den Jugend-in-Arbeit-Projekten, die Gefährdung einer zaghafte begonnenen Integrationspolitik sind nur einige der Stichworte, die die verfehlte CDU-Grüne-Politik der letzten Wochen kennzeichnen.

Als grünes Leitbild heißt diese Kahl-schlagpolitik jedoch: „die Entwicklung neuer Ressourcen mit klugen und zielgerichteten Einsparungen zu verbinden“.

Auch aus PDS-Sicht spricht nichts dagegen, dass die Stadtverwaltung auf effiziente Arbeit ausgerichtet wird und auch Wohlfahrtsverbände wie freie Träger durch Vernetzung und Kooperation besser und effektiver arbeiten. Mit der schleichenden Privatisierung kommunaler sozialer Verantwortung durch Vergabe öffentlicher Funktionen per Leistungsvertrag und die Aufforderung zur Zusammenarbeit mit Unternehmen als Sponsoren, wie sie die Grünen vorschlagen, machen sie jedoch allen Beteuerungen zum Trotz die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zur ‚Lückenbüßerei‘ für ausfallende Planstellen und eingeschränkte kommunale Leistungen.

Auf die wirklichen Probleme, z.B. die Frage, wie Gemeinwesenarbeit und kommunale Beschäftigungspolitik besonders in den Armutsvierteln stadtteilbezogen im Sinne eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zusammen gebracht werden können, hat schwarz-grün keine Antworten zu bieten, schon gar nicht auf Stadtebene, sondern nur Mittelkürzungen mit dem Rasenmäher.

Und so lange bleibt der von den Grünen als neues Leitbild kommunaler Sozialpolitik geforderte ‚stadtbürgerliche Dialog‘ nichts als ‚symbolische Politik‘, die allerdings auch ein Forum dafür werden könnte, Widerstand und Alternativen zur unsocialen Politik der neuen Ratskoalition weiter zu entwickeln.

Wolfgang Lindweiler  
Sengül Senol

### Haushaltskürzungen Kölner Zentren für Integration vor dem Aus



Mehr als 25% der Kölnerinnen und Kölner haben heute einen Migrationshintergrund. Bei den Jugendlichen im Alter bis zu 16 Jahren sind es sogar 40% – mit zunehmender Tendenz. Auf diese Entwicklung muss die Stadt vorbereitet sein, denn es geht um das künftige Zusammenleben aller Menschen in Köln.

Statt dessen werden andere Entscheidungen getroffen: Mit einem Hinweis auf die desaströse Haushaltslage der Stadt Köln haben die Dienststellen der Stadtverwaltung seit Jahresbeginn an die in der Integrations- und Migrationsarbeit tätigen Institutionen, bei denen größtenteils Zeit- und ehrenamtliche Kräfte die Arbeit tragen, auch keine Abschlüsse auf bereits vorläufig gekürzte städtische Zuschüsse mehr ausgezahlt ... Hiervon sind alle Zentren für Integration (Interkulturelle Zentren) betroffen. Über Jahre mühsam aufgebaute Infrastrukturen werden auf diese Weise vernichtet und die auf diesen Strukturen basierenden ehrenamtlichen Tätigkeiten und Projekte können nicht mehr durchgeführt werden...

Ohne die Hilfen der Integrationsarbeit wird den Migrantinnen und Migranten – vor allem den jüngeren unter ihnen – eine Eingliederung in Ausbildungs- und Arbeitsprozesse unvermeidbar erschwert oder unmöglich gemacht. Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleister werden dann die dringend benötigten Arbeitskräfte vergeblich suchen...

Der „Runde Tisch für Integration“ mahnt in dieser Situation Politik und Verwaltung eindringlich, durch eine vorausschauende Planung und die Zuweisung von bereits in Aussicht gestellten Abschlüssen auf ohnehin stark gekürzte Fördermittel, die geschilderten irreversiblen Schäden für Köln abzuwenden.

### Protestbriefe von Betroffenen

#### IN VIA Verband Katholischer Mädchensozialarbeit e.V. Köln

„Das Projekt „Schule und Beruf“ (SchuB) bereitet seit 1998 jährlich ca. 1500 Kölner SchülerInnen an 21 Hauptschulen auf den Übergang von der Schule ins Berufsleben vor. Eine wichtige Grundlage der Arbeit von SchuB ist die Kooperation und Vernetzung von allen am Übergang beteiligten Personen und Institutionen ... Kommt es zu einer kompletten Streichung der Fördermittel durch die Stadt Köln und damit zum Wegfall von SchuB, wird diese wichtige Arbeit für die Kölner Jugendlichen nicht aufzufangen sein... Angesichts der fehlenden Ausbildungsplätze in Köln und der Reduzierungen im Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen durch die Arbeitsverwaltung Köln sind die SchülerInnen jedoch noch stärker auf die Unterstützung ... angewiesen“.

#### Nua: Natur- und umweltschutz-akademie nrw

„Besorgt haben wir von der geplanten Streichung der umweltpädagogischen Informationsstelle Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz erfahren ...

Projekte wie z.B. das WeltFrühstück und das Apfelsaftprojekt (haben) große Resonanz erzeugt. Viele Schulen wurden zu Nachfolgeprojekten angeregt. Dies zeigt, wie wichtig die Weiterführung dieser hervorragenden Arbeit für die ...Unterrichtsaktivitäten und für das Umweltbewusstsein von Schülern und Lehrern ist“.

#### Frauen helfen Frauen e.V.

„Frauenhäuser sind in der Angebotsstruktur Kölns für von Gewalt betroffene Frauen von elementarer Bedeutung. Durch Kürzungen wird diese Arbeit empfindlich getroffen... Wir kritisieren aufs Schärfste die willkürlichen Kürzungen, die gerade die freien Träger mit ihren vielfältigen, notwendigen Unterstützungsangeboten treffen. Die funktionierenden Strukturen in Köln müssen erhalten bleiben. Kürzungen dürfen nicht auf dem Rücken von Frauen, Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden“.

Vor einigen Wochen sollte das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter gänzlich gestrichen werden. Nach zahlreichen Protesten wurden die bereits eingeladenen ehemaligen Zwangsarbeiter aus Polen und der Ukraine für einen Besuch im Mai dann doch nicht eingeladen. Jetzt steht fest, dass das Besuchsprogramm im September auch stattfinden wird. Ein kleiner Schritt voran. Das Besuchsprogramm sollte, wie der Ratsbeschluss es vorsieht, bis 2005 fortgesetzt werden. Es gibt nur noch wenige ehemalige Zwangsarbeiter die noch einmal in ihrem Leben nach Köln kommen wollen. Diese Warteliste des Verein EL-DE-Haus sollte unbedingt umgesetzt werden.



Foto arbeiterfotografie: Im Sommer 2001 protestierten ehemalige Zwangsarbeiter vor der IHK in Köln.

Zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten wandte sich die IHK am 24. März mit kommunalpolitischen Forderungen an die Öffentlichkeit. Diesmal unterschrieben außer dem Präsidenten Alfred Freiherr von Oppenheim der Hauptgeschäftsführer und sämtliche Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer den Brief mit dem knappen Betreff „Kommunalpolitik in Köln“, adressiert an die „Mitglieder des Rates der Stadt Köln“.

Ganz in der Manier eines Mahnschreibens heißt es darin: „Wir fordern Sie nochmals auf, eine dieser schweren Krise angemessene Lösung auf den Weg zu bringen. Wir haben bis heute den Eindruck, dass sich die politischen Akteure dem Ausmaß dieser Krise (O-Ton, sorry – nicht wir retten „dem Dativ“!) und deren Folgen für den Standort nicht hinreichend bewusst sind. Die bisher bekannt gewordenen Vorschläge, insbesondere der Koalitionsvertrag erscheinen uns bei weitem nicht ausreichend, die strukturellen Probleme der städtischen Finanzpolitik nachhaltig zu lösen...“

Weiter heißt es barsch: „Wir verweisen Sie nochmals auf das Konzeptpapier der IHK „Unsere Stadt Köln – Krise als Chance“ vom 24. Januar und die dort formulierten Forderungen. Ohne eine Rückbesinnung der Stadt auf ihre Kernaufgaben, die konsequente Privatisierung städtischer Betriebe, effizienteres Personal- und Kostenmanagement und dauerhaft angelegte Einsparungen ist die politische Handlungsfähigkeit der Stadt nicht wieder zu gewinnen.“

Was sind nun die „Forderungen“ der IHK, denen noch nicht einmal die streichbereiten Koalitionäre mit ihrer „schnellen

## IHK fordert radikalen Umbau Kölns zur „Privatstadt“

Eingreiftruppe“ der Spar- oder besser Streichkämmerei rigoros genug gefolgt sind?

Zwar wird zugegeben, dass sich die „katastrophale Wirtschaftslage in vielen Jahren entwickelt“ hat. Höhepunkt des Unheils ist aber natürlich der „misslungene Verkauf der städtischen Wohnungsbau-gesellschaften“. Die Erregung des IHK-Präsidenten ist verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass es das Bankhaus Oppenheim war, das mit der Abwicklung des Verkaufs betraut werden sollte.

### In vier knappen Punkten fordert dann die IHK:

#### 1. Neuorganisation der Stadtverwaltung.

Dazu gehört aus Sicht der IHK die Privatisierung und der Verkauf von z.B. Grünflächen-, Gebäudemanagement oder Hochbau – Verkleinerung und Zusammenlegung von Ämtern. Oder auch kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Institutionen aus der Region.

#### 2. Überprüfung der Notwendigkeit aller städtischen Zuschüsse und Einrichtungen.

Betrifft z.B. Bürgerzentren oder Volkshochschulangebote.

#### 3. Personalabbau

Auch durch betriebsbedingte Kündigungen.

#### 4. Veräußerung von Vermögensbeteiligungen der Stadt Köln

Genannt werden nach wie vor GAG/Grubo, GEW Rhein-Energie inkl. Tochterunternehmen, Kölner Außenwerbung, KölnMes-

se, städtische Kliniken, RehaNova und städtische Gebäude und Grundstücke – „soweit diese nicht als Angebotsreserve für Investoren benötigt werden.

Zur Disposition gestellt werden ferner NetCologne, KölnBäderGmbH, AVG und AWB, KVB und Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung KGAB.

Statt dessen sollen als „Zukunftspotenzial“ Projekte wie der Bahnhof Deutz mit Umgebung, Nord-Süd-Fahrt, praktisch ganz Kalk mit dem CFK-Gelände und eine Neugestaltung des jetzigen Großmarkt-beereiches vorangetrieben werden. Natürlich ohne jede Erhöhung der Gewerbesteuer, dafür aber mit der Erstellung einer „leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur“, d.h., mehr Autobahnen, mehr Stadt-Autostraßen und Aufhebung des Nachtflugverbots für den Flughafen Köln-Bonn.

Und als besonderes „Schnäppchen“ träumt die IHK dann noch von Köln als einem Logistikknoten mit ausgebautem Godorfer Hafen, Erweiterung des Güterverkehrszentrums Eifelort und dem neuen, geplanten „Frischelogistikzentrum“, sprich Großmarkt im Kölner Norden.

Wohlgermerkt: der Forderungskatalog der IHK, der im jüngsten Mahnschreiben als für das „öffentliche Wohl“ der Stadt Köln unabdingbar notwendig erachtet wird, trägt die Überschrift:

**„Unsere Stadt Köln ....“**

Helga Humbach

# Cross-Border-Leasing mit USA gefährdet kommunale Selbstverwaltung im Kölner Raum



„Dat Wasser von Kölle muss uns blieve“ überschreibt attac-Köln sein Flugblatt gegen ein gigantisches Cross-Border-Leasing-Geschäft der Kölner GEW. In Bergisch Gladbach hat sich ein Bündnis gegen den „Ausverkauf von Kanalnetz und Klärwerk“ gebildet, das auch vom DGB unterstützt wird. Beides sind wichtige Protestaktionen gegen einen Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge. Wasser und Abwasser sind elementare Güter bzw. Versorgungseinrichtungen einer Kommune. Mit riskanten Steuergeschäften über die USA werden die kommunalen Versorgungsressourcen gefährdet. Aus diesem Grunde hat die PDS Offene Liste einen Antrag für die Ratssitzung am 22. Mai eingebracht, der eine vorzeitige Entscheidung im Aufsichtsrat der GEW verhindern und eine breite gesellschaftliche Debatte ermöglichen soll.

Jörg Detjen

## Wir dokumentieren:

### Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Der Rat der Stadt Köln möchte über die Planungen der GEW Rheinenergie, ein Cross-Border-Leasing-Geschäft (CBL) mit Trinkwasser-Anlagen abzuschließen, unterrichtet und einbezogen werden. Da der Vorstand der GEW Rheinenergie derzeit solche Vorschläge erarbeitet, sollten die städtischen Aufsichtsratsmitglieder nicht ohne vorherige ausführliche Beratung

und Diskussion im Rat solche Bestrebungen der Geschäftsführung mittragen und ihre Entscheidung im Aufsichtsrat bis zum Abschluss der Ratsdebatten durch Vertagung des Aufsichtsratsbeschlusses solange aussetzen.

### Begründung:

Nach Pressemeldungen plant die GEW Rheinenergie ca. 1700 km Wasserrohre, acht Wasserwerke und 160 Förderbrunnen an einen amerikanischen Investor zu verkaufen und dann wieder zurück zu leasen. Detaillierte Planungen liegen bisher weder dem Rat noch den Aufsichtsratsmitgliedern vor.

Die Versorgung der Kölnerinnen und Kölner mit Trinkwasser ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Mit grenzüberschreitenden Leasinggeschäften will die GEW Steuergelder aus den USA abschöpfen. Für den Rat und seine Aufsichtsratsmitglieder sind diese Geschäfte kaum zu durchschauen. Auch aus diesem Grund ist eine möglichst transparente und durchschaubare Unterrichtung durch die GEW Rheinenergie unumgänglich. Da der Barwertvorteil eines solchen Geschäftes nicht dazu ausgegeben werden darf, um das laufende Haushaltsloch zu stopfen, sondern allenfalls dem Gebührenzahler zugute kommen muss, ist

eine rasche Entscheidung überhaupt nicht nötig.

Da der Aufsichtsrat der GEW Rhein-Energie am 16. Juni tagt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf dieser Sitzung kurzfristig ohne Einbeziehung des Rates der Stadt Köln eine Entscheidung getroffen wird. Deshalb ist dieser Ratsbeschluss notwendig.

Da auch der Verband der kommunalen Unternehmen gerade bei der Änderung in der Wasserwirtschaft eine sensible Politik einfordert, erscheint eine ausführliche Beratung im Rat der Stadt Köln, aber auch in der Öffentlichkeit, dringend erforderlich.

## Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen

Mehr Informationsmaterial zum Thema:

Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
(Haus Neuerburg)  
Postfach 103 564  
50475 Köln